

BIW Aktuell

- Der Informationsbrief der Wählervereinigung BÜRGER IN WUT -

2. Jahrgang

Ausgabe 8/2005

29.12.2005

In dieser Ausgabe lesen Sie:

| | |
|---|---|
| Deutscher Finanzbeitrag für die EU steigt kräftig an..... | 1 |
| Verdienen sie, was sie bekommen? | 3 |
| Ausschreitungen bei der Fußball-WM 2006? | 5 |
| Kurz notiert | 6 |
| In eigener Sache | 7 |
| Der gute Rat | 7 |
| Zu guter Letzt..... | 7 |
| Impressum..... | 8 |

Deutscher Finanzbeitrag für die EU steigt kräftig an

Nach wochenlangem Streit konnten sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union auf ihrem Gipfel in Brüssel am 18. Dezember auf einen neuen Finanzplan für die Jahre 2007-2013 einigen. Die Gesamtausgaben der EU werden sich in diesem Zeitraum auf über 862 Milliarden Euro belaufen, wobei der Agrarbereich mit 372 Milliarden Euro wiederum den größten Posten ausmacht, dicht gefolgt von den Unterstützungsleistungen zugunsten der osteuropäischen Beitrittsländer, die mit 308 Milliarden Euro zu Buche schlagen. Für Wachstum und Beschäftigung sollen 72 Milliarden, für die gemeinsame Außenpolitik 50 Milliarden und für die Justiz- und Innenpolitik 12 Milliarden Euro aufgewendet werden. Zur Finanzierung ihrer Verwaltungsaufgaben veranschlagt die Brüsseler Bürokratie weitere 50 Milliarden Euro.

Maßgeblichen Anteil am Brüsseler Finanzkompromiß hatte die neue deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel, die sich für diesen außenpolitischen Erfolg im In- und Ausland

feiern ließ. Nun kam heraus, daß die Übereinkunft vom 18.12.2005 den deutschen Steuerzahler teuer zu stehen kommen wird: Expertenberechnungen zufolge erhöht sich der jährliche Bruttobeitrag, den Deutschland ab 2007 an die EU abzuführen hat, von heute 20 Milliarden auf dann 23 Milliarden Euro. Zieht man die Rückflüsse etwa in Form von Agrarbeihilfen oder der Strukturförderung für die neuen Bundesländer ab, dann verbleibt unter dem Strich ein Betrag von 10,4 Milliarden Euro, den Berlin Jahr für Jahr an die EU-Kasse überweisen muß. Heute sind es „nur“ 8 Milliarden, also 30% (!) weniger. Deutschland wird damit in zwei Jahren auch gemessen an seiner Wirtschaftskraft der größte Nettozahler in der Europäischen Union sein.

Doch es kommt noch schlimmer: Nach Berechnungen des sächsischen Ministerpräsidenten Georg Milbradt (CDU) werden die neuen Bundesländer zukünftig trotz des höheren deutschen Finanzbeitrags deutlich

weniger Fördermittel aus Brüssel erhalten als bislang. Milbradt beziffert die Mindereinnahmen für Ostdeutschland bis 2013 auf über 3,7 Milliarden Euro. Nachdem Kanzlerin Merkel zunächst Bereitschaft zeigte, diese Verluste wenigstens teilweise durch Bundesmittel zu kompensieren, machte die Regierungschefin nun einen Rückzieher. Wegen der prekären Haushaltslage könne der Bund für die Ausgleichszahlungen nicht allein aufkommen. Vielmehr müßten die Auswirkungen der EU-Beschlüsse „im Zusammenwirken mit den Bund-Länder-Finanzbeziehungen insgesamt“ gelöst werden, so Merkel. Soll heißen: Die ohnehin klammen West-Bundesländer haben sich noch stärker als bislang am Finanzausgleich für Ostdeutschland zu beteiligen. Dabei war es die Bundesregierung und allen voran Kanzlerin Merkel, die den Brüsseler Finanzplan und damit die Förderausfälle für die neuen Länder zu verantworten haben. Die Zeche bezahlen sollen nun aber die Bundesländer – in Ost und West.

Insider spekulieren, daß der von Merkel mit deutschen Steuergeldern erkaufte Finanzkompromiß von Brüssel vor allem dem Zweck dient, die EU als Institution zu retten. Die befindet sich nämlich seit der Ablehnung des europäischen Verfassungsentwurfs durch die Völker Frankreichs und der Niederlande in einer tiefen Krise. Und diese Krise hätte sich zweifellos verschärft, wäre es nicht zu einer Einigung über das gemeinsame Budget gekommen. Diesen „Worst Case“ konnte Merkel abwenden, auch wenn die Kanzlerin mit dem Versprechen des Koalitionsvertrages brechen mußte, Deutschland im Interesse der nationalen Haushaltskonsolidierung von Zahlungen an die EU zu entlasten.

Doch Merkel will noch mehr: Geht es nach dem Willen der neuen Bundesregierung, dann soll auch der Ratifizierungsprozeß der eigentlich schon gescheiterten EU-Verfassung in Europa fortgesetzt werden – eine Mißachtung des klaren Votums von Franzosen und Niederländern gegen das Vertrags-

werk. Dazu wird es im ersten Halbjahr 2007, wenn Deutschland die Präsidentschaft im EU-Rat übernimmt, „neue Anstöße“ geben. Und in welche Richtung die zielen werden, ist unschwer zu erraten: Ebenso wie Amtsvorgänger Helmut Kohl will auch Angela Merkel die europäische Integration um jeden Preis. Das mittelfristige Ziel ist ein europäischer Superstaat, in dem die politische Macht in Brüssel und nicht mehr bei den Mitgliedsstaaten liegt. Mit der Ratifizierung des EU-Verfassungsvertrages soll der Weg geebnet werden, um diesen Plan in die Realität umzusetzen.

In Brüssel macht man sich derweil Gedanken, wie man den ständig wachsenden Finanzbedarf der Europäischen Union in Zukunft am besten decken könnte. Bislang finanziert sich die EU allein aus Zolleinnahmen und den Beiträgen der Mitgliedsstaaten. Doch wegen der immer wieder auftretenden Streitigkeiten um das liebe Geld müsse die Union von den nationalen Haushalten unabhängiger werden, so EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso. Übersetzt heißt das: Brüssel will zukünftig das Recht haben, eine eigene EU-Steuer zu erheben, um damit den Bürgern Europas direkt in die Tasche greifen zu können, ohne den lästigen Umweg über die Mitgliedsstaaten. Nachdem nun sogar die eigentlich europakritischen Briten in Person des noch amtierenden Ratspräsidenten Tony Blair Zustimmung zu diesem Ansinnen signalisiert haben, dürfte es nur eine Frage der Zeit sein, bis ein solcher europäischer Obolus tatsächlich kommt – zusätzlich zu den bereits bestehenden nationalen Steuern versteht sich.

Der BIW meint: Während die neue Bundesregierung der eigenen Bevölkerung einen strengen Sparkurs verordnet, pumpt man gleichzeitig immer neue Milliarden nach Brüssel. Ein Großteil dieses Geldes fließt den neuen EU-Mitgliedsstaaten in Osteuropa zu, mit deren Aufnahme sich die Union eindeutig übernommen hat. Dennoch sollen ab 2007 die „Armenhäuser“ Rumänien und

Bulgarien, und in einigen Jahren auch noch die Türkei folgen. Die EU hat offenbar jedes Maß verloren. Und Deutschland scheint sich in seiner Rolle als ewiger Zahlmeister zu gefallen. Wie unter diesen Vorzeichen die öffentlichen Haushalte in unserem Land konsolidiert und die Maastricht-Stabilitätskriterien eingehalten werden sollen, bleibt schleierhaft. Am Ende werden wohl einmal mehr die Bürger über höhere Steuern und Abgaben zur Kasse gebeten.

Der europäische Irrweg muß endlich korrigiert werden. Die Kompetenzen der EU sind zu beschneiden, politische Zuständigkeiten wieder an die Mitgliedsstaaten zu redelegieren. Die Dezentralisierung europäischer

Politik schafft nicht nur mehr Transparenz und stärkt die Demokratie, sondern spart auch viel Geld. Und das senkt im Ergebnis die Zahlungen Deutschlands an die EU. Davon unabhängig muß der völlig überhöhte deutsche EU-Mitgliedsbeitrag bereits kurzfristig spürbar reduziert werden – und zwar auf Kosten der Länder, den es wirtschaftlich besser geht als uns.

Fundsache: „Aber das ist der Preis, den wir gerne bereit sind zu bezahlen für das große Werk der historischen Einigung Europas“. (Thomas Steg, stellv. Regierungssprecher, auf die Kritik am höheren EU-Finanzbeitrag Deutschlands).

Verdienen sie, was sie bekommen?

Nullrunden, höhere Zuzahlungen zur Kranken- und Pflegeversicherung, Rentensteuer, steigende Beiträge – schon seit Jahren sehen sich die Mitglieder der gesetzlichen Rentenversicherung mit immer neuen Hiobsbotschaften konfrontiert. Keine Sorgen um ihre Altersversorgung müssen sich dagegen Deutschlands Politiker machen. Denn die können sich im Ruhestand auf goldene Zeiten freuen, und zwar selbst dann, wenn sie nur kurze Zeit in Amt und Würden waren. So hat ein Bundesminister bereits nach 21 Monaten Regierungstätigkeit Anspruch auf eine Pension in Höhe von 1.965 Euro. Wollte ein versicherungspflichtiger Durchschnittsverdiener in den Genuß derselben Rentenzahlung kommen, müßte er dafür 75 Jahre arbeiten.

Nach dem Regierungswechsel in Berlin verlassen zahlreiche Ex-Minister die politische Bühne – und bekommen satte Pensionsansprüche mit auf den Weg. Der BIW nennt Namen und Zahlen:

Als unbestrittener „König der Pensionäre“ gilt **Hans Eichel** (SPD). Der ehemalige Bundesfinanzminister und Lehrer aus Hessen läßt sich seinen Ruhestand mit 11.556 Euro

pro Monat versüßen. Da kann nicht einmal Ex-Kanzler Gerhard Schröder mithalten.

Dagegen muß sich **Joschka Fischer** (B90/DIE GRÜNEN), Außenminister und Vizekanzler von 1998-2005, ab dem 62. Lebensjahr mit „nur“ 9.520 Euro pro Monat begnügen. Für einen Politiker freilich, der weder über einen Schulabschluß noch eine Berufsausbildung verfügt, ist das sicherlich kein schlechtes Alterseinkommen. Besonders pikant: Der Pensionsanspruch des quirligen Vorzeige-Grünen hat sich seit Oktober 2002 um astronomische 14,7 Prozent erhöht! Von solchen Zuwächsen wagt Otto-Normalrentner nicht einmal zu träumen.

Mit 8.937 Euro pro Monat fällt die Pension von Ex-Bundeskanzler **Gerhard Schröder** (SPD), der in diesem Jahr der Rentenbezugsalter erreicht hat, vergleichsweise niedrig aus. Sein Rentenanspruch ist seit Oktober 2002 um „nur“ rund 8 Prozent gestiegen. Aber nachdem der Ex-Kanzler schon kurz nach seiner Abwahl lukrative Anschlußaktivitäten in der freien Wirtschaft gefunden hat, dürften die Zuwendungen aus der Staatskasse für Schröder ohnehin nur „Peanuts“ sein.

Die frühere Familienministerin **Renate Schmidt** (SPD) kann sich - obwohl gerade einmal 3 Jahre im Amt - ab dem 60. Lebensjahr auf eine monatliche Pension von 7.250 Euro freuen. Für einen Rentenanspruch dieser Höhe müßte ein Normalverdiener über 250 Jahre arbeiten!

Auch für den Alt-68er und Ex-Kommunisten **Jürgen Trittin**, streitbarer Umweltminister der früheren rot-grünen Koalition, hat sich der Marsch durch die Institutionen gelohnt: Bereits ab dem 55. Lebensjahr und damit in weniger als 4 Jahren überweist ihm der Staat stolze 5.507 Euro Alterssalar auf sein Konto.

Der BIW meint: Die großzügige Bemessung der Pensionszahlungen für ehemalige Politiker muß ein Ende haben. Wenn die Menschen in unserem Land angesichts maroder Staatsfinanzen und leerer Rentenkassen den Gürtel enger schnallen sollen, können auch Abgeordnete und Minister nicht ungeschoren davonkommen. Notwendig ist eine durchgreifende Reform bei der Alimentierung unserer Politiker, und zwar auf allen Ebenen.

Konkret bedeutet das: Gesonderte Pensionsansprüche von Volksvertretern und Kabinettsmitgliedern einschließlich des Bundeskanzlers sind abzuschaffen. Statt dessen haben die Politiker selbst für ihr Alter vorzusorgen, müssen also Beiträge in die gesetzliche oder in eine private Rentenkasse einbezahlen. Im Gegenzug sind die während der Amtszeit gewährten Diäten und Bezüge angemessen zu erhöhen. Die Betonung liegt dabei auf „angemessen“: Der Vorschlag von SPD-Fraktionschef Struck, die Grunddiäten der Bundestagsabgeordneten in Höhe von 7.000 Euro bei Wegfall der staatlichen Altersversorgung zu verdoppeln, schießt eindeutig über das Ziel hinaus, und ist angesichts der schwierigen Lage, in der sich unser Land befindet, eine Unverschämtheit!

Es sind aber nicht nur die Regierungsglieder, sondern auch die ehemaligen Bundespräsidenten, die im Alter hohe staatliche Pensionen erhalten. Nach dem „Gesetz über die Ruhebezüge des Bundespräsidenten“ in der Fassung vom 24.07.1959 werden unseren früheren Staatsoberhäuptern bis an ihr Lebensende die vollen Amtsbezüge (sog. Ehrensold) garantiert. Und das sind derzeit ansehnliche 17.750 Euro im Monat. Aus Sicht des BIW ist es nicht nachvollziehbar, warum ein Staatsoberhaupt a.D. dasselbe Entgelt bezieht wie ein amtierender Bundespräsident.

Derzeit kommen vier ehemalige Präsidenten (Walter Scheel, Richard v. Weizsäcker, Roman Herzog und Johannes Rau) in den Genuß dieses üppigen Ruhegeldes. Doch damit nicht genug: Neben ihrer Pension haben die Ex-Präsidenten auch noch Anspruch auf ein eigenes Büro, eine Sekretärin, einen persönlichen Referenten und einen Dienstwagen nebst Fahrer. Alles finanziert aus Steuergeldern. Angesichts des ständig wachsenden Staatsdefizits, das allenthalben zu drastischen Sparmaßnahmen zwingt, darf auch die Altersversorgung der ehemaligen deutschen Staatsoberhäupter nicht länger ein Tabu sein!

Wir BÜRGER IN WUT fordern daher: Die Pension, die ehemaligen Bundespräsidenten ab dem 65. Lebensjahr gewährt wird, ist auf 50% der früheren Dienstbezüge zu kürzen. Allein durch diese Maßnahme könnten Steuergelder in Höhe von einer halben Million Euro pro Jahr eingespart werden. Außerdem ist das Pensionsalter des Bundespräsidenten, aber auch der Minister und Abgeordneten, am gesetzlichen Renteneintrittsalter zu orientieren. Wenn Erwerbstätige in Deutschland zukünftig bis zum 67. oder gar 70. Lebensjahr arbeiten müssen, um die volle Rente zu erhalten, dann muß das auch für unsere Politiker gelten.

Ausschreitungen bei Fußball-WM 2006?

Seit dem 9. Dezember steht fest, wer die Vorrundengegner Deutschlands bei der Fußball-WM 2006 im eigenen Land sein werden: Costa Rica, Ecuador und Polen. Das Losglück ist der deutschen Fußballnationalmannschaft wieder einmal hold gewesen, so der allgemeine Tenor. Aus rein sportlicher Sicht ist diese Einschätzung sicherlich zutreffend. Zu einer ganz anderen Beurteilung kommen dagegen die deutschen Sicherheitsbehörden, die eine Konfrontation zwischen deutschen und polnischen Hooligans bei der WM 2006 befürchten.

Ein kleiner Vorgeschmack auf das, was Polizei und Besucher der Weltmeisterschaft im kommenden Jahr erwarten könnte, zeigte sich bereits Ende November in einem Wald bei Briesen, einem Ort rund 30 Kilometer von Frankfurt/Oder entfernt. Hier traten - generalstabsmäßig vorbereitet - insgesamt 100 deutsche und polnische Hooligans in einer Massenschlägerei gegeneinander an. Man wollte auf diesem Weg vorab „klären“, wer die Deutschlands Straßen während der Fußball-WM beherrschen wird. Die Polizei setzte dem Treiben schließlich ein Ende und nahm 83 Hooligans vorübergehend fest. Es wurden Strafanzeigen wegen Landfriedensbruch und gefährlicher Körperverletzung erstattet.

Die deutschen Hooligans waren in erster Linie Angehörige der berüchtigten „Nord-Ost-Koalition“. In dieser Gruppierung sind Fußballchaoten aus Berlin, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt organisiert, darunter einschlägig bekannte Größen aus der Rocker- und Türsteherszene. Einer der Festgenommenen von Briesen war bei der WM 1998 an den Ausschreitungen im französischen Lens teilgenommen, in deren Verlauf der französische Polizist Daniel Nivel zum Schwerbehinderten geprügelt wurde.

Die polnischen Schläger reisten mit einem in Poznan gemieteten Bus an. Die Hooligan-

Szene in Polen gilt als besonders gewalttätig, beschränkte ihre Aktivitäten bislang aber auf die heimische Fußball-Liga. Mit der Massenprügelei von Briesen sind die polnischen Hooligans nun erstmals auch in Deutschland aufgetreten - ein alarmierendes Zeichen für die deutschen Sicherheitsbehörden.

Das Aufeinandertreffen von deutschen und polnischen Hooligans Ende November war nicht die erste Konfrontation dieser Art. Bereits am 7. Juli 2005 fand in der Nähe von Poznan in Polen eine ebenfalls organisierte Massenschlägerei statt, an der insgesamt 500 deutsche und polnische Chaoten beteiligt waren. Bei diesem Gewaltexzess wurden allein auf deutscher Seite 50 Personen verletzt. Die Prügelei von Briesen könnte deshalb nach Meinung der Polizei eine Revanche für Poznan gewesen sein.

Sicherheitskreise gehen davon aus, daß zur WM in Deutschland mehr als 10.000 ausländische Hooligans anreisen werden. Neben den polnischen Hooligans gelten besonders Fußballfanatiker aus England als gefährlich. Ihre Stärke wird auf etwa 3.500 Personen geschätzt. Aber auch französische Randalierer, die sich für die von deutschen Hooligans ausgelösten Krawalle in Lens revanchieren wollen, könnten den friedlichen Verlauf der WM im kommenden Jahr stören. Zu den ausländischen Gruppen gesellen sich noch etwa 6.000 gewaltbereite Chaoten aus der deutschen Hooliganszene. Es wird vermutet, daß die im Polizeijargon als „Kategorie-C-Fans-gewaltsuchend“ bezeichneten deutschen Hooligans die Fußballweltmeisterschaft bereits fest im Blick haben. So wollen polizeibekannte Chaoten bis zum Beginn der WM keine Ligaspiele mehr besuchen. Man will vermeiden, in gewalttätige Auseinandersetzungen verwickelt zu werden, die polizeiliche Meldeauflagen oder Stadionverbote nach sich ziehen können. Die Hooliganszene bereitet sich also gezielt auf den großen „Showdown“ im Sommer vor. Die Folgen möglicher Gewaltexzesse fanatisierter

„Fußballfans“ bei der WM 2006, deren Bilder von Fernsehen und Presse in die ganze Welt verbreitet würden, wären für das internationale Ansehen Deutschlands fatal.

Weder die politisch Verantwortlichen noch die Sicherheitskräfte in Deutschland haben sich bislang auf dieses neue Bedrohungsszenario eingestellt. Konzepte für die wirksame Bekämpfung gewalttätiger Hooligans fehlen. Ein Blick in die benachbarte Schweiz könnte helfen. Erst kürzlich haben die Eidgenossen unter Federführung von Justizminister Christoph Blocher ihre Gesetze deutlich verschärft. Ziel ist es, potentielle Gewalttäter von der Fußball-Europameisterschaft fernzuhalten, die 2008 im Land stattfinden wird. Diese Regelungen könnten auch für Deutschland beispielgebend sein.

Der BIW meint: Die Innenminister des Bundes und der Länder sind jetzt gefordert. Es muß eine Strategie entwickelt werden, um das Problem Hooligans bei der Fußball WM 2006 in den Griff zu bekommen. Hierzu benötigt die Polizei nicht nur die erforderlichen Einsatzvorschriften, sondern auch eine adäquate personelle und materielle Ausstattung, um gewalttätige Ausschreitungen bereits im Keim ersticken zu können. Wenig hilfreich sind dagegen Überlegungen, bei der WM zur Unterstützung der Polizeikräfte die Bundeswehr einzusetzen. Die nämlich ist für die Bekämpfung von Randalierern nicht ausgebildet und würde allein schon durch ihr Auftreten den friedlichen Charakter dieses weltweit beachteten Sportereignisses in Frage stellen.

Kurz notiert ...

Ende November haben sich die deutschen Innenminister darauf verständigt, die Aufnahme jüdischer Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion neu zu regeln. Die Einreise nach Deutschland setzt zukünftig voraus, daß der Antragsteller und seine Angehörigen ihren Lebensunterhalt aus eigenen Mitteln bestreiten können. Außerdem müssen Grundkenntnisse der deutschen Sprache nachgewiesen werden. Schließlich muß die Möglichkeit zur Eingliederung der Zuwanderer in eine jüdische Gemeinde gegeben sein. Das Aufnahmeverfahren wird gemeinsam von deutschen Behörden und dem Zentralrat der Juden in Deutschland vorbereitet. Die neuen Regelungen gelten nicht für Zuwanderungswillige, die ihren Antrag bereits vor dem 1. Juli 2001 gestellt haben.

+++

Während exportorientierte Großunternehmen ständig steigende Gewinne verbuchen können, stellt sich die Lage für klein- und mittelständische Betriebe in Deutschland weiterhin schwierig dar. Nach Angaben des statistischen Bundesamtes haben in den ersten 9 Monaten des Jahres 2005 rund 311.000

Klein- und Nebenerwerbsbetriebe ihre Geschäftstätigkeit eingestellt, 8,9% mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Bei den Unternehmen mit größerer wirtschaftlicher Substanz mußten 101.000 Betriebe aufgeben, ein Zuwachs von 2,6%. Rückläufig war dagegen die Zahl der Gewerbenueanmeldungen, die in den ersten 3. Quartalen des Jahres 2005 um 3,1% sank.

+++

Krankenhausärzte verdienen hierzulande ohne Berücksichtigung von Orts- und Überstundenzuschlägen zwischen 35.178 Euro und 55.998 Euro brutto im Jahr. Damit liegt Deutschland im Vergleich der OECD-Staaten auf dem zweitletzten Platz. Nur in Spanien verdienen Krankenhausärzte mit maximal 52.940 Euro noch weniger. An der Spitze der internationalen Rangliste liegen die angelsächsischen Länder USA, Großbritannien und Australien. In den Vereinigten Staaten verdient ein Hospitalarzt bis zu 225.000 Euro per anno und damit mehr als viermal so viel wie sein Kollege in Deutschland.

+++

Besinnliches zum Jahreswechsel: „Langsam, Schritt für Schritt die Treppe weiter hinauf! Wahrlich, die Welt bietet nicht solch ein Übermaß von Genüssen, daß man sie in Sprüngen überfliegen dürfte. Und ist nicht

jede Stufe, die man augenblicklich aufwärtssteigend betritt, ein Glück? Und ist nicht jeder Treppenabsatz, auf dem man einen Moment stillhält und sich nochmals faßt, eine Seligkeit?“ (Raabe)

In eigener Sache

Der Vorstand des BIW möchte sich zum Jahresabschluß bei allen Mitgliedern, Spendern und Förderern sowie den Lesern des BIW Aktuell für die Unterstützung und wohlwollende Begleitung unserer politischen Arbeit bedanken. Der BIW wird auch in 2006 für die Interessen der Bürger und die

politische Erneuerung Deutschlands aktiv sein.

Wir wünschen Ihnen und Ihren Angehörigen einen guten Rutsch in ein hoffentlich erfolgreiches Jahr 2006!

Der gute Rat

Es gilt als weitgehend unbekannt, daß Brokkoli überaus gesund sind. Das grüne Kohlgemüse weist überaus viele gesundheitsfördernde Inhaltsstoffe auf, weshalb Mediziner Brokkoli gerne mit einer Heilpflanze vergleichen. Seine Vitamine C und E sowie das Provitamin A wappnen die Körperzellen gegen Angriffe krebsauslösender freier Radikale. Auch seine Geruchs- und Geschmacksstoffe besitzen gewisse Schutzeffekte.

Sulforaphan beispielsweise hilft dem Körper, krebserregende Stoffe zu Substanzen abzubauen, die problemlos ausgeschieden werden können. Nicht allein aus geschmacklichen Gründen sollte Brokkoli nur kurz gegart werden. Denn bißfest sind seine Inhaltsstoffe wirksamer. Das Gemüse eignet sich übrigens auch ideal zum Einfrieren. Dazu wird es drei Minuten blanchiert. Dann hält es sich im Eisschrank bis zu einem Jahr.

Zu guter Letzt

Ein Einbrecher steigt in ein Haus ein und steht im Schlafzimmer.

Da hört er eine Stimme:
"Ich sehe dich und Jesus sieht dich auch."

Er leuchtet mit seiner Taschenlampe überall im Zimmer umher, findet aber nichts.

Er kommt in die Küche und hört wieder die Stimme:
"Ich sehe dich und Jesus sieht dich auch."

Der Einbrecher leuchtet erneut umher, wieder ohne Erfolg.

Er kommt ins Wohnzimmer und hört erneut die Stimme:
"Ich sehe dich und Jesus sieht dich auch."
Er leuchtet das Zimmer ab und entdeckt einen Papagei in seinem Käfig.

"Sag mal, wie heißt du denn?", fragt der Einbrecher den Papagei.

„Karl-Heinrich“, antwortet der Vogel.

"Karl-Heinrich ist aber ein dämlicher Name für 'nen Papagei!", erwidert der Einbrecher.

Da sagt der Papagei:

"Ja, und Jesus ist ein dämlicher Name für 'nen Rottweiler..."

+ + +

Verantwortlicher im Sinne des Presserechts: Jan Timke, c/o Wählerversammlung Bürger in Wut, Am Treptower Park 28-30, D-12435 Berlin. Telefon 01805 – 72 44 55. Fax 030 - 53 21 48 92. E-Mail: info@buerger-in-wut.de. Nachdruck oder sonstige Reproduktion – auch auszugsweise – nur mit ausdrücklicher Genehmigung des BIW. Weitere Informationen im Internet unter www.buerger-in-wut.de.